

Protokoll
über die 10. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt
vom 18.10.2017
Kleiner Sitzungssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Ralf Bergander

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Roswitha Brinkhus

Frau Anette Marewitz

Herr Oliver Neils

Herr Torsten Neumann

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Heiner Hundeling

ab 18:05 Uhr anwesend

Herr Andreas Quebbemann

ab 19:10 Uhr anwesend

Herr Ernst-August Rothert

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Herr Dieter Sieksmeyer

ab TOP 6 anwesend

Frau Barbara Pöppe

ab TOP 6 abwesend - Vertreter Herr Sieksmeyer

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Bernhard Rohe

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG

Herr Carsten Johannsmann

Herr Volker Schulze

Gäste

Frau Sabine Böhme

Terra Vita

Herr Erster Kreisrat Stefan Muhle

Landkreis Osnabrück

Frau Eva Rosinski

Büro Hofer & Pautz

Herr Simon

Landkreis Osnabrück

Terra Vita

Frau Dr. Christiane Wagner

Stadtmarketing Bramsche

Verwaltung

Herr LSBd Hartmut Greife

Frau Silke Nestler

bis 18:45 Uhr

Herr BGM Heiner Pahlmann

bis 19:10 Uhr

Herr Klaus Sandhaus

Herr Wolfgang Tangemann

Herr Cornelis van de Water

Herr ESTR Ulrich Willems

Protokollführerin

Frau Elisabeth Drewes

Abwesend:

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG

Herr Werner Hagemann

entschuldigt

Beginn: 18:00

Ende: 21:10

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Informationen zum Breitbandausbau in Bramsche durch den Landkreis Osnabrück
- 5 Wegerandstreifenprogramm - Vorstellung der Ergebnisse der Grundlagen- und Potentialanalyse für den Ortsteil Achmer
Vortrag durch das Büro Hofer und Pautz, Frau Rosinski
- 6 Entwässerungsantrag Dallmann GmbH Baustoff Recycling Vördener Straße 70 WP 16-21/0222
- 7 Masterplan Wandern von TERRA.vita für das Osnabrücker Land WP 16-21/0223
- 8 Antrag CDU-Fraktion - Parken Ecke Mühlenstraße / Eschstraße WP 16-21/0226
- 9 Informationen
- 10 Anfragen und Anregungen
- 11 Einwohnerfragestunde

ÖFFENTLICHE SITZUNG

- TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Bergander begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Vom Ablauf her wird Top 7 Masterplan Wandern von TERRA.vita für das Osnabrücker Land als Top 6 vorgezogen.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

keine Anfragen

TOP 4 Informationen zum Breitbandausbau in Bramsche durch den Landkreis Osnabrück

Erster Kreisrat Muhle informiert über den geplanten Ausbau des Breitbandnetzes unter Federführung des Landkreises. 1,2 Millionen Euro werden für schnelles Internet im gesamten Stadtbereich Bramsche dort investiert, wo der Markt nicht tätig wird. Dies betrifft in erster Linie Bereiche die abseits der Infrastruktur liegen. 60 Prozent der Kosten übernimmt der Landkreis, den Rest trägt die Stadt,

Noch in diesem Jahr soll mit der Ausführung begonnen werden. Bis Ende 2018 sollen weitere Kabelverzweiger ertüchtigt und einige Haushalte sogar direkt mit Glasfaserkabel versorgt werden. Die konkreten Pläne stellte Kreisrat Stefan Muhle ausführlich dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vor.

Die Präsentation wird dem Protokoll angehängt.

Mit den Investitionen sollen auch jene Regionen schnelles Internet bekommen, die für die Anbieter auf dem Markt nicht attraktiv genug sind. Die Kommunen dürften sich nur dort engagieren, wo keine 30 Mbit in der Sekunde verfügbar sind.

Der Anschluss aller Kabelverzweiger, „die der Markt nicht erschließt“ würde laut Kreisrat Muhle für viele Haushalte schon eine deutliche Verbesserung bringen. Allerdings nehme die Leistung ab, je weiter ein Haushalt von dem Kabelverzweiger (KVZ) entfernt sei.

Die Arbeiten erfolgen parallel im gesamten Landkreis. Das Gesamtvolumen, das der Kreis investiert, liegt bei 39 Mio. Euro.

Auch nach diesem Ausbauschnitt wird es noch weiße Flecken im Bramscher Stadtgebiet geben. Für Kreisrat Muhle ist klar, dass es eine Fortsetzung geben muss. Wichtig sei, dass der Bund dann wie bei diesem Schritt mitfinanziert, um die erheblichen Nachteile des ländlichen Raumes in der Breitbandversorgung auszugleichen.

Ein Förderantrag über 15 Millionen Euro wurde bereits an den Bund gestellt. In diesem nächsten Schritt werde es entlang des ausgebauten Netzes weitere Direktanschlüsse geben. Bis dahin müssten sich alle, die im Außenbereich auf schnelles Internet angewiesen sind, mit funkgestützten Lösungen behelfen.

Auf Nachfrage von RM Marewitz, dass nicht alle Bereiche der einzelnen Ortsteile vorgestellt wurden erläutert Kreisrat Muhle, dass nur die Kabelverzweiger ausgebaut werden, die noch nicht ausgebaut sind.

Ferner darf der Landkreis nur da tätig werden, wo der Markt nicht tätig wird. Des Weiteren dürfen Neubaugebiete nicht mit Fördermittel ausgebaut werden.

RM Rohe verweist darauf, dass alle schnelles Internet brauchen egal ob man in der Stadt oder auf dem Lande wohnt. Herr Muhle sagt hierzu, dass das Politik ist, die in Berlin gemacht wird. Hier stellt sich die Frage wie wir mit dem Markt umgehen. Lassen wir den Markt entscheiden, dann werden nur attraktive bzw. gewinnbringende Gebiete ausgebaut. Die Berteiber müssen dazu verpflichtet werden auch in den ländlichen Raum zu gehen lt. Herrn Muhle. Bei 10 % der Haushalte gibt es nach derzeitiger Planung Schwierigkeiten. Diese können nur mit einem Glasfaserdirektanschluss eine entsprechende Leistung erhalten. Das bedeutet eine Investition von 280 Mio. Euro landkreisweit. Grundsätzlich sind auch zukünftig Zuschüsse von Bund und Land erforderlich um eine flächendeckende Internetversorgung sicherzustellen. Auch ohne Fördermittel wird der Landkreis seine Bestrebung vom Ausbau aufrechterhalten, nur wird die Zeitachse eine wesentlich größere Spannweite haben.

TOP 5 Wegerandstreifenprogramm - Vorstellung der
Ergebnisse der Grundlagen- und Potentialanalyse für
den Ortsteil Achmer
Vortrag durch das Büro Hofer und Pautz, Frau Rosinski

Frau Eva Rosinsky (Büro Hofer und Pautz) erläutert die Vorgehensweise der Potentialanalyse für stadteigene Flächen im Ortsteil Achmer.

Im Rahmen des Wegerandstreifenprogrammes der Stadt Bramsche können im Ortsteil Achmer 45.000 Werteinheiten als Ausgleich für Eingriffe in die Natur und Landschaft umgesetzt werden.

Für diese Analyse hat es drei Erhebungen gegeben: Die erste fand im Juli 2016 statt, die zweite nach dem Flurbereinigungsverfahren im November 2016 und eine dritte auf Grundlage des neuen Osnabrücker Kompensationsmodells. Im ersten Durchgang kam das Fachbüro Hofer und Pautz auf eine Fläche von 7,2 Hektar, auf der 90.000 Werteinheiten hätten realisiert werden können. Im zweiten Durchgang waren es 55.000 Werteinheiten auf einer Fläche von 5,1 Hektar. Dieser Wert wurde dann, im letzten Schritt, noch einmal nach unten korrigiert durch die Anwendung des neuen Osnabrücker Komopensationsmodells zur Berechnung von Werteinheiten.

Per Luftbildanalyse wurden im ersten Schritt ungeeignete Flächen, etwa innerhalb des Stadtgebietes oder in verkehrsreichen Abschnitten, sowie nicht ökologisch aufwertbare Flächen und zu kleine ausgeschlossen. Die erforderliche Mindestbreite nach dem neuen Osnabrücker Modell beträgt 2,50 m, weil erst dann die Bearbeitbarkeit, Unterhaltung und Wirtschaftlichkeit gegeben ist.

RM Hundeling erkundigt sich in wie fern Fließgewässersäume mit eingebunden werden können. Laut Frau Rosinsky gibt es diese Möglichkeit.

TOP 6 Entwässerungsantrag Dallmann GmbH Baustoff
Recycling Vördener Straße 70

WP 16-21/0222

Beschlussvorschlag:

Gegen den Antrag der Horst Dallmann GmbH Baustoff Recycling Standort Betriebshof Vördener Straße 70/ Igels Sand 1 bestehen seitens der Stadt Bramsche keine Bedenken sofern ausgeschlossen wird, dass schädlich verunreinigtes Oberflächenwasser in den Pelkebach gelangen kann.

An der Beratung dieses Top's nimmt RM Sieksmeyer an Stelle von RM Pöppe teil.

Im Ausschuss erläutert Herr van de Water den eingereichten Entwässerungsantrag der Firma Dallmann. Er teilt mit, dass zwei weitere Unternehmen (Frühstücksei, Bergschneider) aufgefordert wurden einen entsprechenden Entwässerungsantrag einzureichen. Entsprechende Büro sind bereits beauftragt, die Anträge liegen aber noch nicht vor.

Der eingereichte Antrag ist lt. Herrn van de Water als gängiges Stand der Technik bestehendes System anzusehen. Die Stadt Bramsche stimmt dem Antrag zu, so lange ausgeschlossen wird, dass keine Einleitung von schädlich verunreinigtes Oberflächenwasser in den Pelkebach erfolgt.

RM Marewitz und RM Sieksmeyer wollen wissen, ob und wie häufig das abgeleitete Wasser beprobt wird und ob auch Ereignisse von Starkregen berücksichtigt sind. Außerdem interessiert es die Ratsmitglieder, wie eine Trennung zwischen Weiß- und Schwarzbereich sichergestellt wird. Insbesondere erscheint für RM Sieksmeyer die Bilanzierung der einzelnen Flächen nicht ganz schlüssig, dieses sollte beim Landkreis hinterfragt werden. Herr van de Water betonte, dass im Rahmen der Antragsgenehmigung die Stadt eigentlich nur zu prüfen hat, was mit dem Pelkebach passiert. Die Prüfung der einzelnen Verfahrensschritte obliegt den anderen beteiligten Behörden, also dem Landkreis Osnabrück und dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt. So wird z. B. die Verkehrsführung auf dem Gelände noch überarbeitet, um sicherzustellen, dass potenziell PAK-belastetes Material nicht mit Fahrzeugen in den Weißbereich gelangt. Ferner muss geprüft werden, ob die vorgesehenen Speicherbecken für das Oberflächenwasser groß genug bemessen sind. Bereits im Juni habe die Firma Dallmann mit der Umsetzung dieses Konzeptes begonnen.

RM Marewitz stellt die Frage, ob die Möglichkeit eines Antrages auf generelle Nicht-Einleitung in den Pelkebach besteht. Grundsätzlich haben Anlieger das Recht in den angrenzenden Bach einzuleiten.

Der RM Neils kritisierte, dass der Landkreis keinen Druck auf die anderen Firmen ausübt, die trotz Fristsetzung bis jetzt keinen Entwässerungsantrag vorgelegt haben. RM Quebbemann sieht es als großes Problem an, dass es nur anlassbezogene und keine unangemeldeten Kontrollen gibt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei 2 Enthaltungen

TOP 7 Masterplan Wandern von TERRA.vita für das
 Osnabrücker Land

WP 16-21/0223

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Bramsche beteiligt sich am Masterplan Wandern von TERRA.vita.
2. Die Stadt Bramsche stellt ab dem Jahr 2018 notwendige Mittel i.H.v. € 6.000,- /a) für Unterhaltungskosten in den Haushalt ein.

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit dem TERRA.vita Natur- und Geopark Nördlicher Teutoburger Wald, Wiehengebirge, Osnabrücker Land e.V. eine Kooperationsvereinbarung zu schließen.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit Waldbesitzern Vereinbarungen zu schließen

Frau Böhme (TERRA.vita) trägt vor.

Frau Marewitz merkt an, dass es teilweise auf den Wanderwegen stark beschädigte Infotafeln gibt. Frau Wagner antwortet hierauf, dass diese abgebaut werden, da sich niemand für die Unterhaltung verantwortlich fühlt. Infotafeln wurden je nach vorhandenen Geldern von den Heimatvereinen ohne Mitteilung aufgestellt. Offizielle Standorte sind und bleiben die Wanderparkplätze. Laut Frau Böhme gibt es auf den Hauptwanderwegen nur noch Hinweisschilder. Die Infotafeln an den Wanderparkplätzen werden im Laufe der Förderzeit erneuert.

Frau Pöppe interessiert, was mit den anderen vorhanden Wanderwegen passiert die nicht unter die geförderten Rundwanderwege im Stadtgebiet Bramsche fallen. So lange ein Heimatverein diese Wege pflegt, werden sie auch zukünftig erhalten bleiben. Für diese Wege gelten allerdings nicht die Qualitätsansprüche, denen die geförderten Wanderwege unterliegen.

Vors. Bergander lässt über die Vorlage mit folgenden Änderungen unter 2. abstimmen:

2. Die Stadt Bramsche stellt ab dem Jahr 2018 notwendige Unterhaltungsmittel i. H. v. 2.000,- € jährlich und ab 2020 zusätzlich 6.000,- € jährlich für die Pflege- und Unterhaltung der Rundwanderwege in den Haushalt ein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8 Antrag CDU-Fraktion - Parken Ecke Mühlenstraße / WP 16-21/0226
Eschstraße

Beschlussvorschlag:

Auf dem Platz Ecke Mühlenstraße / Eschstraße wird das Parken von PKW wieder gestattet und die Verwaltung beauftragt, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zeitnah umzusetzen.

RM Brinkhus stellt den Antrag die Vorlage zurück zu stellen, weil der Ortsrat Bramsche nicht gehört wurde.

RM Quebbemann führt auf, wie oft dieses Thema auch im Ortsrat bereits angesprochen wurde.

Er hält an seinen Antrag weiterhin fest, in diesem Bereich das Parken zuzulassen, welches seit Jahrzehnten in diesem Bereich möglich war und ohne politischen Beschluss geändert wurde.

RM Brinkhus findet, nicht jeder Platz müsse als Parkplatz genutzt werden.

Herr Tangemann erläutert, dass die Planung des Ausbaues dieses Platzes am 15. August 2013 im Fachausschuss einschließlich Parkverbot ausführlich diskutiert wurde und mit den Stimmen der

damaligen Neuen Mehrheit unter Führung der CDU beschlossen wurde. In wenigen Metern Entfernung gibt es einen Parkplatz mit wenig Frequenz und ohne Parkscheibenregelung.

Parkplätze sind zwar in der Bramscher Innenstadt enorm wichtig, im Falle der Mühlenstraße bestehe aber nach Meinung von RM Staas-Niemeyer kein Bedarf. Sie regte an, dass sich der Ortsrat mit der Gestaltung des Platzes befasst. RM Rohe und RM Pöppe schließen sich dem an und betonen, dass der Platz auf jeden Fall eine Aufwertung erhalten müsste.

Abstimmungsergebnis.

7 Stimmen dagegen

4 Stimmen dafür, **somit ist der Antrag abgelehnt.**

TOP 9 Informationen

keine

TOP 10 Anfragen und Anregungen

RM Neils stellt die Frage, ob die Verwaltung mal überprüfen könne ob bei einem Versorgungsbetrieb in Achmer im Bereich der Straße „Am Flugplatz“ asbesthaltige Stoffe zwischen gelagert werden und bei deren Verwertung Stoffe in den Kanal gelangen.

RM Schulze gibt zu bedenken, dass im Bereich der Schevenbrücke eine Gasleitung unterhalb der Brücke verläuft. Aus diesen Gründen haben sich die Stadtwerke bei der Errichtung der Brücke beteiligt. Derzeitig kursiert eine Information, dass ein Gutachten für die Erneuerung der Schevenbrücke in Höhe von 50.000,00 € vorliegt und ein eventueller Abriss der Brücke vorgesehen ist.

LSBD Greife erläutert hierzu, dass bei einer Erneuerung der Brücke die vorhandene Leitung unterhalb des Flussbettes nach neuester Technik tiefer gelegt wird.

Verwaltungsseitig ist man der Auffassung, dass diese Brücke erneuert werden sollte. Dies wird entsprechend in den Haushalt eingebracht über den dann der Rat entscheidet.

RM Staas-Niemeyer bittet darum, dass bevor irgendwelche Aufträge erteilt werden die ca. Kosten genannt werden, die mit einer Erneuerung der Brücke verbunden sind. Herr van de Water sagt hierzu, dass ursprünglich 270.000,00 € für den nächsten Haushalt vorgesehen waren. Vorerst sind 50.000,00 € aufgenommen.

RM Schulze möchte weiterhin wissen wie weit die Planungen im Bereich des VHS-Gebäudes vorangeschritten sind. LSBD Greife wird in der ersten Sitzung im neuen Jahr hierzu berichten.

TOP 11 Einwohnerfragestunde

Frau Lamla fragt an, wie sichergestellt wird, dass auf dem Gelände Dallmann die ankommenden LKWs, die im Schwarzbereich etwas abladen beim Wegfahren nicht über den Weißbereich fahren müssen. Hierzu verweist Herr van de Water darauf, dass während der Beratung des Antrages bereits angemerkt wurde, dass dies noch von Seiten des Landkreises und Gewerbeaufsichtsamt zu klären ist. Es handelt sich hierbei um die so genannte Verschleppung aus dem Schwarzbereich in den Weißbereich.

Frau Brüggemann teilt mit, dass der Pelkegraben immer wieder graue Verfärbungen aufweist, insbesondere im Bereich des Dükers.

Vors. Bergander bittet Herrn van de Water diese optischen Sichtungen direkt weiter zu leiten.

Frau Kröger teilt mit, dass der Wunsch des Parkens im Bereich der Mühlenstraße nicht alleine von Ihrer Seite besteht. Die angrenzenden Parkplätze werden, zumindest in den Abendstunden, von den umliegenden Anliegern genutzt. Ihrer Meinung nach muss geklärt werden, ob es ein offizieller Parkplatz ist oder nicht und wer diesen Platz sauber hält. Ferner sollte noch einmal bei einer reinen Platznutzung über die Gestaltung nachgedacht werden.

Ralf Bergander
Vorsitzender

Hartmut Greife
Verwaltung

Elisabeth Drewes
Protokollführer